

Fragestunde

1112. SPD-Fraktion

Abgeordnete Klara Geywitz

- Fridericus Servicegesellschaft der Preußischen Schlösser und Gärten mbH (FSG) -

Die Fridericus Servicegesellschaft der Preußischen Schlösser und Gärten mbH (FSG) ist ein Gemeinschaftsunternehmen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) und des Dienstleistungsunternehmens Dussmann Beteiligungs- und Managementgesellschaft mbH.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es derzeit Mitarbeiter in der Fridericus GmbH, denen nicht der Mindestlohn nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz gezahlt wird?

1113. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Peer Jürgens

- Flugplatz Eisenhüttenstadt -

Im Jahr 2002 wurde von der Flugplatzgesellschaft Eisenhüttenstadt/Frankfurt (Oder) mbH ein Verfahren auf Zulassung eines einfachen Instrumentenanfluges auf der Basis eines Luftraumes „F“ eingeleitet. Für den regionalen Wachstumskern Eisenhüttenstadt/Frankfurt (Oder) wäre eine Anbindung über einen Verkehrslandeplatz sicherlich hilfreich. Die Erlaubnis wird jedoch vom Land Brandenburg seit Jahren nicht erteilt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Gründe sprechen gegen die Zulassung?

1114. CDU-Fraktion

Abgeordneter Hendryk Wichmann

- Förderung des Verbraucherschutzes im Land Brandenburg -

Der Landesrechnungshof prüfte im Rahmen seines Jahresberichts 2012 unter anderem die Zuschüsse an die Verbraucherzentrale Brandenburg e. V.. Prüfgegenstände waren das Rechnungswesen der Verbraucherzentrale Brandenburg, die institutionelle Förderung seitens des Landes sowie Beratungsentgelte.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet das für Verbraucherschutz zuständige Mitglied der Landesregierung die Ergebnisse im Prüfbericht 2012 des Landesrechnungshofes Brandenburg?

1115. FDP-Fraktion**Abgeordneter Andreas Büttner**- Novellierung des Unterhaltsvorschussgesetzes -

Der Deutsche Bundestag hat am 25. Oktober in erster Lesung über die Novellierung des Unterhaltsvorschussgesetzes beraten. Ein von der Bundesregierung vorgelegter und in die Ausschüsse überwiesener Gesetzentwurf sieht Erleichterungen bei der Beantragung von Leistungen für Alleinerziehende sowie eine Beschleunigung der Prüfung der Anträge vor.

Ergänzend hat auch der Bundesrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den es den zuständigen Stellen erleichtert werden soll, auf den anderen unterhaltspflichtigen Elternteil zuzugreifen. Zu diesem Zweck sollen die Informationsquellen zur Durchsetzung des Unterhaltsanspruchs durch die Einführung eines automatischen Datenabgleichs und Kontenabrufs durch das Bundeszentralamt für Steuern ausgeweitet werden.

Vor dem Hintergrund der Gesetzesberatungen frage ich die Landesregierung: Wie bewertet sie die vorliegenden Gesetzentwürfe hinsichtlich ihrer zu erwartenden Wirkung auf die Entwicklung der Rückholquoten?

1116. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**Abgeordnete Marie Luise von Halem**- Barrierefreiheit an der Hochschule Lausitz -

In der Lausitzer Rundschau vom 08.11.2012 wird über die fristlose Kündigung von Herrn K. berichtet. Begründet wird die Kündigung durch die Hochschule Lausitz durch eine „schweren Vertragspflichtverletzung“. Herr K. hatte auf Missstände bei der Betreuung von behinderten Studierenden aufmerksam gemacht und ihm wird vorgeworfen, interne Kritik veröffentlicht zu haben. Herr K. arbeitet selbst am „Zentrum für barrierefreies Studieren“ an der Hochschule Lausitz.

Daher frage ich die Landesregierung: Wie bewertet sie den beschriebenen Vorfall vor dem Hintergrund, dass die Hochschule Lausitz sich als barrierefreie und integrative Hochschule darstellt?

1117. SPD-Fraktion**Abgeordneter Mike Bischoff**- Deutsch-Polnischer Staatsvertrag zum Wasserstraßenausbau -

Zum Ausbau der grenzüberschreitenden Wasserwege vom Industriestandort Schwedt/Oder bis in die Westoder und damit in den Ostseeraum wurde ein Staatsvertrag zwischen Deutschland und Polen erarbeitet. Darin enthalten sind auch vereinbarte Unterhaltungsmaßnahmen für die Oder. Der Staatsvertrag liegt seit Jahren vor, wurde aber bislang nicht unterzeichnet.

Ich frage die Landesregierung: Was sind die Gründe für die enorme Verzögerung?

1118. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Jürgen Maresch**- Inklusion an der FHL Senftenberg -

In einem Schreiben des Dekans der Hochschule Senftenberg hieß es kürzlich, dass aufgrund „zu hoher motorischer und visueller Lerninhalte“ der Studiengang Physiotherapie nicht für Menschen mit Sehbehinderung geeignet wäre. Zudem gibt es seit einem Jahr keinen Behindertenbeauftragten an der FHL Senftenberg, die Stelle ist unbesetzt und bleibe es auf unbestimmte Zeit auch.

Diese Vorgänge widersprechen, sollten sie sich so ereignet haben, der Empfehlung der Hochschulrektorenkonferenz "Eine Hochschule für Alle" vom 21.04.2009, der UN-Konvention und nicht zuletzt und grundsätzlich auch sämtlichen gleichstellungspolitischen Grundgedanken.

Ich frage die Landesregierung: Welche Informationen hat sie zu den benannten Vorgängen an der Hochschule Senftenberg?

1119. CDU-Fraktion**Abgeordneter Ingo Senftleben**- Wolfsmanagementplan für Brandenburg -

Seit Beginn dieses Jahres wurde in vier Erörterungsveranstaltungen der Entwurf eines neuen Wolfsmanagementplans für das Land Brandenburg unter Leitung eines externen Moderators diskutiert. Dabei wurden neben den betroffenen Behörden auch Vereine bzw. Verbände sowie Institutionen beteiligt. Bereits zu Beginn der Veranstaltungsreihe wurde zum Beispiel vom Landesbauernverband Brandenburg kritisiert, dass unter den zahlreichen Teilnehmern die von der Wiederansiedlung des Wolfes Betroffenen in der Minderheit waren. Ziel der zuständigen Ministerin Anita Tack (DIE LINKE) ist es, bis Ende dieses Jahres die Überarbeitung des Wolfsmanagementplans zu beenden.

Ich frage die Landesregierung: Wie sind der aktuelle Arbeits- und der geplante Umsetzungsstand des überarbeiteten Wolfsmanagementplans für Brandenburg?

1120. SPD-Fraktion**Abgeordneter Udo Folgart**- Zur Übertragung von Landesstraßen in andere Trägerschaften -

Die Landesregierung beabsichtigt, auf dem Wege der Freiwilligkeit verstärkt Landesstraßen an Landkreise zu übertragen.

Ich frage die Landesregierung: Gelten bei zulässigen Übertragungsverfahren bis auf Gemeindeebene hin ohne weiteres dafür die gleichen Förderbedingungen wie bei der Übertragung von Landesstraßen auf die Kreisebene?

1121. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Kornelia Wehlan**- Ost-Länder schlagen Treuhändermodell zur Flächenprivatisierung vor -

Wie der Presse zu entnehmen war, wollen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die Privatisierung der ehemals volkseigenen landwirtschaftlichen Flächen auf 30 Jahre strecken. Gleichzeitig sollen die Verkauflose auf maximal 10 ha begrenzt werden, um die Erwerbsmöglichkeiten ortsansässiger Betriebe zu verbessern. Das geht aus dem sogenannten Treuhändermodell hervor, das die beiden Länder mit der Unterstützung von Sachsen und Thüringen dem Bund vorgelegt haben. Neben einer Streckung der Privatisierung, die nach den geltenden Privatisierungsgrundsätzen 2025 beendet sein soll, sieht das Treuhändermodell eine Ausweitung des Anteils beschränkter Ausschreibungen für arbeitsintensive Betriebe auf 50 % vor. Bislang werden 5 000 ha pro Jahr über beschränkte Ausschreibungen auf den Markt gebracht. Den derzeitigen Pächtern wollen die Länder entgegenkommen, indem sie ihnen eine Eintrittsmöglichkeit in das Höchstgebot gewähren. Die Verpachtung wollen die Länder nach agrarstrukturellen Belangen vornehmen. Beispielsweise sollen Betriebe bevorzugt werden, die über ein Mindestmaß arbeitsintensiver Produktionszweige verfügen.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie diesen Vorschlag, besonders im Hinblick auf die in den Medien vermittelte fehlende Unterstützung von Brandenburg?

1122. CDU-Fraktion**Abgeordnete Barbara Richstein**- Aufhebung der Zweiteilung des Landes Brandenburg bei der EU-Förderung -

Das Land Brandenburg hat das Ziel, in der nächsten EU-Förderperiode wieder als einheitliche Fördergebietskulisse betrachtet zu werden. Die entsprechende NUTS-Verordnung wurde dazu bereits geändert. Jedoch war bislang noch offen, ob die EU-Kommission für die Fördergebietseinteilung in der neuen Förderperiode die dementsprechend geänderte NUTS-Verordnung bereits zugrunde legt.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich der Erreichung des Ziels einer einheitlichen Fördergebietseinteilung entsprechend der geänderten NUTS-Verordnung für die nächste EU-Förderperiode?

1123. fraktionslos**Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann**- Windeignungsgebiete und geplante Errichtung von Windkraftanlagen in Neu-Seeland -

In den letzten Wochen ist eine erstaunliche Zunahme von Anträgen zur Errichtung von Windkraftanlagen zu beobachten. Dieser an sich positive Umstand führt allerdings bei genauerer Betrachtung dazu, dass sich auch Befürworter der Energiewende und der Windkraftenergie als Bestandteil dieser Wende zunehmend kritisch bis ablehnend verhalten, auch deshalb, weil sie eine Monopolisierung durch wenige Windkraftunternehmen im Revier befürchten. So ist zum Beispiel in Neu-Seeland (Oberspreewald-Lausitz) die Errichtung von fünf weiteren Windkraftanlagen auf einer

Fläche vorgesehen, die in den bisher bekannten Plänen über Windkräfteeignungsgebiete und auch im Entwurf des sachlichen Teilregionalplanes „Windenergienutzung“ der Region Lausitz-Spreewald nicht ausgewiesen ist. Hier gibt es eine Diskrepanz zwischen dem Bestreben nach einer Raumordnungsplanung auf hohem fachlichem Niveau und Akzeptanzgewinn bei betroffenen Kommunen auf der einen Seite und andererseits einer Praxis, die bisherige planerische Überlegungen ad absurdum führt. Damit wird die Unterstützung erneuerbarer Energiegewinnung im ehemaligen Bergbaurevier unnötig erschwert. Verstärkt wird diese Unsicherheit durch eine unklare Rechtslage mit Bezug auf regionalplanerische Dokumente.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position vertritt sie angesichts dieses Konfliktes?

1124. SPD-Fraktion

Abgeordnete Jutta Lieske

- Stand der Sanierungsmaßnahmen des Oderdeiches -

Kürzlich fand die Herbstinspektion mit Fachleuten am Oderdeich in Märkisch-Oderland statt.

Unter anderem wird am Fischerstützpunkt Neurüdnitz-Spitz, bei Bienenwerder und bei Güstebieser Loose der Deichfuß am Parallelgraben neu aufgebaut. Trotz abschnittsweiser Sanierung sind immer wieder Schäden in anderen Bereichen abzusehen. Auch bereitet der Biber immer noch genügend Probleme. Daher ist der Zustand des gesamten Mitteldeiches im Auge zu behalten.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der derzeitige Stand der Sanierungsmaßnahmen des Oderdeiches?

1125. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Torsten Krause

- Gefahrenabwehr am Bröselstich -

Der hohe Wasserstand im Bröselstich führt regelmäßig zu feuchten Kellern bei Anliegerinnen und Anliegern. Aus diesem Grund hat die Stadt Zehdenick in der Vergangenheit öfter mit Hilfe einer Pumpe und einer Rohrleitung das überschüssige Wasser aus dem Bröselstich in die Havel abgeleitet. Um die Situation in eine dauerhaft befriedigende Lösung zu überführen, hat die Kommune beantragt, gemäß § 68 Wasserhaushaltsgesetz einen Notgraben zur Entwässerung zu bauen. Das LUGV kann jedoch wegen fehlender Unterlagen zu beteiligender Institutionen nicht entscheiden. Die Nichtentscheidung führt jedoch dazu, dass die Keller der Anwohnerinnen und Anwohner weiter voll Wasser laufen.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Ist für die Genehmigung des beabsichtigten Baus des Notgrabens zwischen dem Bröselstich und der Havel ein Verfahren nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz erforderlich?

1126. CDU-Fraktion**Abgeordneter Hendryk Wichmann**- Kunst- und Musikunterricht Grundschule Drei Seen -

Die Grundschule Drei Seen in Fürstenberg/Havel hat seit Beginn des Schuljahres keine Kunstlehrerin/keinen Kunstlehrer. Seit dem kann das Fach Kunst nicht von einer ausgebildeten Lehrkraft unterrichtet werden und fällt aus. Ab Februar 2013 wird diese Schule auch keine Musiklehrerin/keinen Musiklehrer haben.

Ich frage die Landesregierung: Was unternimmt sie, damit an dieser Schule wieder ausgebildete Lehrkräfte in Kunst und Musik die Schüler unterrichten?

1127. SPD-Fraktion**Abgeordnete Ina Muhß**- Sanierung der L 15 -

Die Landesstraße 15 ist in der Ortslage Schweinrich stark sanierungsbedürftig. Der Ausbau dieses wegen der Nähe zum „Bombodrom“ in vielerlei Hinsicht belasteten Streckenabschnitts einer auch touristisch bedeutsamen Straße wurde immer weiter verschoben, obwohl die Planung bereits 2010 begonnen wurde. Nach vielen Jahren Kampf gegen das „Bombodrom“ ist bei den Bewohnern das Verständnis für die Verzögerung der Baumaßnahme nicht mehr vorhanden.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeit sieht sie, mit der Baumaßnahme im Jahr 2013 zu beginnen?

1128. Fraktion DIE LINKE**Abgeordneter Torsten Krause**- Leerfahrten Templin - Eberswalde für SPNV nutzen -

Auf der Bahnstrecke Templin - Eberswalde sind regelmäßige Leerfahrten der Prignitzer Eisenbahn zu beobachten. Nach Aussagen des Betreibers sind diese für Betankung und Wartung der Fahrzeuge notwendig. Gleichzeitig gibt es in der Region die Forderung, die Schienenverbindung nach Eberswalde wieder regulär für den Personenverkehr in Betrieb zu nehmen.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Was unternimmt sie, um die stattfindenden Leerfahrten der Prignitzer Eisenbahn für die Bevölkerung nutzbar zu machen?

1129. SPD-Fraktion**Abgeordnete Klara Geywitz**- Bahnverbindung Potsdam - Berlin - Spandau -

Im elften Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Integrierte Standortentwicklung (Drs. 5/4903) unterstützt die IMAG den Vorschlag der Landeshauptstadt Potsdam, die Auslastung der Nordanbindung (RE 1 / RB 21) im Rahmen des Ersatzverkehrs Potsdam-Hauptbahnhof über Golm Richtung Spandau und Berlin Hauptbahnhof

während der Bauzeit zu evaluieren und die Beibehaltung nach der Streckensperrung abhängig von den Evaluierungsergebnissen zu prüfen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Ergebnisse hat die Evaluierung, insbesondere im Hinblick auf den Entwurf des Landesnahverkehrsplans 2013 - 2017, ergeben?

1130. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Peer Jürgens

- Windpark als bauplanerische Kategorie? -

Das Baugesetz kennt bei der Genehmigung von Windkraftanlagen nur die Einzelanlage. Die Wirklichkeit zeigt jedoch, dass es zunehmend in den Windeignungsgebieten zu einer Konzentration von Anlagen in Windparks kommt. Diese erreichen zum Teil enorme Ausmaße und können durchaus als ein „Gesamtbauwerk“ wahrgenommen werden. Für die Planung und Genehmigung eines solchen Windparks als „Gesamtbauwerk“ wäre aber ein Raumordnungsverfahren nötig.

Ich frage die Landesregierung: Inwiefern sieht sie die Chance oder die Notwendigkeit, das Baugesetz so anzupassen, dass massive Windparks künftig als Gesamtanlage definiert werden können?

1131. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Dr. Michael Luthardt

- Windenergienutzung in Buchenwäldern -

Im Zuge der Regionalplanfortschreibungen werden von den Regionalen Planungsgemeinschaften neue Eignungsgebiete für Windenergie ausgewählt und zur Ausweisung vorbereitet. Dabei wird von Bürgerinnen und Bürgern die Frage der Einbeziehung von Waldflächen oft kontrovers diskutiert.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es ihrerseits eine abgestimmte Handlungsanweisung für die Ausweisung von Windenergieeignungsgebieten im Wald?

1132. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- Prepaid statt Stromsperre -

Jährlich werden schätzungsweise 800 000 Haushalte aufgrund von Stromschulden von der Stromversorgung abgeklemmt. Ausgangspunkt einer Versorgungssperre ist meist eine Nachforderung aus dem zurückliegenden Abrechnungszeitraum. Durch Mahnung und Sperrung fallen zudem beträchtliche Gebühren an, welche gegebenenfalls die Höhe der Stromschulden übertreffen können. Die finanzielle Notlage wird so weiter verschlimmert. In den entsprechenden Fachmedien wird deshalb der Einsatz von digitalen Stromzählern und Vorkassezählern, sogenannte Prepaid-Zähler, debattiert. Prepaid-Zähler vermeiden nicht nur die weitere Zunahme von Stromschulden, sie führen auch dazu, dass bewusster und sparsamer mit Strom umgegangen wird.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Forderung im Energiewirtschaftsgesetz, Stromsperren zu verbieten und stattdessen die kostenlose Installation eines Prepaid-Zählers vorzuschreiben?

1133. fraktionslos

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Anerkennung von in Brandenburg staatlich geprüften Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspflegern in anderen Bundesländern -

Zwar hat der zuständige Minister erst am 25. April 2012 umfassend und nicht zum ersten Mal auf eine Frage zur Anerkennung der Abschlüsse von Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspflegern in diesem Haus geantwortet. Dennoch sind Betroffene, wie Anfragen an mich zeigen, weiterhin verunsichert. So ist mir zum Beispiel ein Fall bekannt geworden, in dem eine in Brandenburg ausgebildete staatlich geprüfte Heilerziehungspflegerin diesen Abschluss als Fachkraft in der Altenpflege in Baden-Württemberg anerkannt bekam und in eine entsprechende Gehaltsklasse eingestuft wurde. Mit besten Arbeitszeugnissen wieder zurückgekehrt nach Brandenburg, wurde hier dieser brandenburgische Abschluss in der Altenpflege nicht mehr entsprechend anerkannt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Schritte hält sie für möglich, um zu einer einheitlichen Regelung der Anerkennung für staatlich geprüfte Heilerziehungspflegerinnen und Heilerziehungspfleger bundesweit zu kommen?

1134. fraktionslos

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Ausweitung des sorbischen/wendischen Siedlungsgebietes -

Nach einem Zeitungsbericht soll zwar in Freienhufen (bis 1937 Dobristroh, niedersorbisch Dobry Wotšow) der 75. Jahrestag der Tilgung des niedersorbischen Namens durch die Nazis recht zweideutig begangen worden sein, wobei allerdings auch hier vor allem folgende Tendenz deutlich wurde: ein größeres Interesse an sorbischer/wendischer Kultur und Geschichte und die weitere Verwendung alter niedersorbischer Ortsbezeichnungen im Alltag. Auch in Zły Komorow (Senftenberg) sind Veranstaltungen zu diesen Themen gut besucht, ein Sprachkurs findet statt und selbst Gottesdienste gibt es in diesem ursprünglichen Sorben/Wendengebiet wieder in niedersorbischer Sprache. Selbst nach bisherigen Gesetzen und in Übereinstimmung mit Artikel 25 der brandenburgischen Verfassung wäre es möglich, das Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden zu erweitern. Durch Stellungnahmen der Landesregierung zum Entwurf eines neuen Gesetzes, in dem diese Möglichkeit noch mehr gefördert werden soll, wird allerdings der Eindruck erweckt, als gäbe es genau deshalb erhebliche Bedenken gegenüber der Novellierung des Sorben/Wenden-Gesetzes.

Ich frage die Landesregierung: Unterstützt sie auch eine solche Art der Förderung der Sorben/Wenden, die dazu führen kann, dass das Siedlungsgebiet innerhalb des Landes nach internationalen Normen und wissenschaftlichen Kriterien erweitert werden könnte?